17. 1. In welcher Weise sind bei der Feststellung der Übermäßigkeit des Preises einer Ware, die vom Täter angekauft, zum Teil in seinem Geschäfte fabrikmäßig verarbeitet und als Fabrikat verkauft, zum Teil unverarbeitet veräußert ist, die Betriebsunkosten und die allgemeinen Unkosten des Gesamtunternehmens bei dem einen oder anderen Teile zu berücksichtigen?

2. Ist es nötig, daß zur Feststellung der Übermäßigkeit des im Kriege geforderten Preises der im Frieden verlangte und erzielte Preis herangezogen wird?

BRD. gegen übermäßige Preissteigerung vom ^{23. Juli 1915 (RGBl. S. 467)}
^{23. März 1916 (RGBl. S. 183)}
§ 5 Nr. 1.

V. Straffenat. Ur. v. 13. Juni 1917 g. Z. V 308/17.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

„Nach der Feststellung der Strafkammer hat die Firma des Angeklagten zunächst Schweinefleisch angekauft und dieses in der von ihr damals allein betriebenen Konservenfabrik verarbeitet. Im Laufe des Krieges ist sie dazu übergegangen, lebende Schweine aufzukaufen, sie auf dem Schlachthof zu schlachten und von dem Fleische der Tiere diejenigen Teile, die sich zur Konservenfabrikation besonders eigneten, in ihrer Fabrik zu verarbeiten, dagegen die hierzu nicht oder weniger geeigneten Teile alsbald vom Schlachthof aus als frisch geschlachtetes Fleisch in den Handel zu bringen. In der ersten Zeit bestand hiernach die von ihr eingekaufte Ware aus Schweinefleisch, in der letzten aus lebenden Schweinen, die sie im eigenen Betriebe als Großschlächter schlachtete und geschlachtete nach den beiden angegebenen Richtungen

verwertete. Sie verkaufte also seit dieser Zeit zweierlei Waren, unverarbeitetes Frischfleisch und im Fabrikationsweg aus Frischfleisch hergestelltes Konservenfleisch.

Aus diesen Tatsachen konnte die Strafkammer ohne Rechtsirrtum folgern, daß bei der Entscheidung der Frage, ob für das verkaufte Frischfleisch ein übermäßiger Preis angelegt sei, als Einkaufspreis dieses Fleisches lediglich der darauf entfallende Anteil an den Gesamteinkaufskosten der Schweine zuzüglich des auf sie entfallenden Anteils derjenigen Unkosten anzusetzen ist, die aus dem Erwerbe, dem Transport und der Schlachtung der Schweine sowie aus dem Absatze des Frischfleisches herrühren, nicht aber diejenigen Mehrkosten und allgemeinen Betriebskosten, die nur dadurch hervorgerufen wurden, daß der übrige Teil des Fleisches der geschlachteten Schweine in eine wertvollere Ware, nämlich verarbeitetes Konservenfleisch, umgewandelt wurde, also die Unkosten des Fabrikbetriebs, die Verzinsung des in die Fabrik gesteckten Kapitals sowie die Mehrzinsen, die dadurch der Firma erwuchsen, daß sie den Ersatz ihrer Auslagen erst beim späteren Absatz des Konservenfleisches und nicht alsbald wie beim Absatz des Frischfleisches erlangte.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts ist unter dem Gewinn im Sinne der WRW. vom 23. Juli 1915 der Reingewinn aus dem Einzelgeschäft zu verstehen. Damit erledigt sich ohne weiteres das Verlangen des Angeklagten als unbegründet, daß das Gesamtergebnis des ganzen Geschäftsunternehmens der Firma berücksichtigt werden müsse und ihm zu gestatten sei, bei einem Einzelgeschäft erlittene Verluste durch Heraufsetzung der Preise bei einem anderen Einzelgeschäft wieder auszugleichen. Der Reingewinn im Einzelgeschäft läßt sich nur finden, wenn ihm die Gestehungskosten im Einzelgeschäft gegenübergestellt werden. Das für den Verkauf des Frischfleisches in Betracht kommende Einzelgeschäft beim Erwerb ist aber hier der Ankauf der lebenden Schweine; als solches kann nicht auch in Betracht kommen die Verarbeitung einzelner Teile des bei der Schlachtung erzielten Frischfleisches zu Fleischkonserven.

Für die Frage nach dem Übermaß des Gewinns ist entscheidend der Überschuß des im Einzelgeschäft erzielten Verkaufspreises über diejenige Summe, die sich aus dem Erwerbspreis (Erzeugungskosten), den besonderen auf die verkaufte Ware entfallenden Betriebs-

unkosten, den anteiligen allgemeinen Unkosten des Gesamtunternehmens und den anteiligen Beträgen für Unternehmerlohn, Kapitalzins und Risikoprämien ergibt. Hiernach war zu berücksichtigen der Erwerbspreis der Schweine in dem Verhältnis, in dem das bei der Schlachtung erzielte Fleisch zum einen Teile im Frischverkauf Verwendung fand, zum anderen Teile zu Konserven verarbeitet wurde, also der hiernach auf das Frischfleisch entfallende Anteil, ferner die für den An- und Auftrieb, die Unterbringung und Schlachtung der Schweine entfallenden Betriebsunkosten in dem gleichen Verhältnis, wie die allgemeinen Kosten des Gesamtunternehmens der Firma, weiter die Kosten der Aufbewahrung des Frischfleisches auf dem Schlachthof bis zum Verkaufe, da sie allein die auf die verkaufte Ware, das Frischfleisch, entfallenden besonderen Betriebsunkosten bildeten, endlich die anteiligen Beträge des Frischfleischverkaufes für Unternehmerlohn, Kapitalzins und Risikoprämien des in einem Einkauf von Schweinen und in deren Schlachtung bestehenden Unternehmens. Dagegen sind völlig bei der Vergleichung der Erwerbs- und Verkaufspreise des Frischfleisches die Kosten der Konservenfabrikation auszuschalten; sie sind die besonderen auf die Herstellung der Konserven entfallenden Betriebsunkosten, die lediglich bei dem Verkaufe dieses Fabrikats, nicht aber bei einem solchen des Frischfleisches, einer anderen Ware, in Ansatz gebracht werden können.

Der Sachverständige L., dem die Strafkammer gefolgt ist, hat die Gestehungskosten des vom Angeklagten verkauften Frischfleisches nach seinen Erfahrungen ganz in diesem Sinne bestimmt, derart nämlich, daß er sie außer dem nach seinen Erfahrungen angeetzten Erwerbspreis wie bei einer Großschlächtereier ohne außerdem bestehender Konservenfabrik berechnete und danach zugunsten des Angeklagten an Unkosten einstellte, nämlich 8% ab Stall, 20% Schlachtverlust und $3\frac{1}{2}\%$ Berliner Unkosten. Es ist nicht ersichtlich, daß aus Rechtsirrtum irgendwelche anderen, etwa noch zu berücksichtigenden Unkosten außer Betracht geblieben wären. Demgemäß ist es auch nicht richtig, wenn die Strafkammer den Angeklagten als zulässigen Gewinn an verkauftem Frischfleisch den Geschäftsgewinn eines Großschlächters zugebilligt hat.

Hiernach sind die Ausführungen der schriftlichen Revisionsbegründung unbegründet.

Wenn in der Hauptverhandlung vor dem Revisionsgericht noch beanstandet wurde, daß das Urteil nicht erwogen habe, ob der im Kriege erzielte Gewinn in einem Mißverhältnis zum Friedensgewinn stehe, und daß es sich jeder Erörterung darüber enthalte, ein wie hoher Gewinn im Frieden berechtigt gewesen sei, so versagt auch diese Rüge. Die Übermäßigkeit des Kriegsgewinns kann sich durch eine Vergleichung mit dem Gewinne der regelrechten Geschäftstätigkeit im Frieden ermitteln lassen; dem trägt das Gutachten und ihm folgend das Urteil auch insoweit Rechnung, als es den üblichen Gewinn des Großschlächters feststellt, d. h. den unter gewöhnlichen Verhältnissen von einem solchen regelmäßig zu erzielenden Gewinn. Eine Vergleichung zwischen Kriegs- und Friedensgewinnen gerade der Firma des Angeklagten war dagegen rechtlich nicht geboten, im übrigen auch schon um deswillen nicht möglich, weil der Schlächtereibetrieb von ihr erst im Laufe des Krieges eingerichtet worden ist.“ . . .